

BUND FÜR SOZIALE VERTEIDIGUNG e.V.
Konflikte gewaltfrei austragen – Militär und Rüstung abschaffen



Rundbrief 1/2022

- Diesmal u. a.:
- Krieg in der Ukraine
 - Geflüchtete an der belarussisch-polnischen Grenze
 - Burnout verhindern
 - EU-Strategiepapier

Inhalt

Editorial.....	2
Ulrich Stadtmann Soziale Verteidigung in militärisch eroberten Städten	3
Elise Kopper Geflüchtete Menschen in Belarus. Zwischen allen Fronten	5
Ulrich Wohland Soziale Bewegungen – Bewegungen entstehen nicht von allein.....	7
Georg Adelman Burnout. Aktivismus nachhaltig gestalten.....	9
Stephan Brües EU-Strategiepapier. Die grüne Militarisierung schreitet voran	11
Aktive im BSV: Interview mit Georg Adelman.....	13
Ressourcen zum Krieg in der Ukraine.....	15

Impressum

Rundbrief Nr. 1/2022

Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8, 32423 Minden,
☎ 0571 29456
✉ info@soziale-verteidigung.de
🌐 www.soziale-verteidigung.de
📘 facebook.com/BSV.Frieden
🐦 twitter.com/so_verteidigen
📷 instagram.com/bund_fuer_soziale_verteidigung

Spendenkonto

IBAN: DE73 4905 0101 0089 4208 14
BIC: WELADED1MIN

Redaktion und V.i.S.d.P.:

Dr. Christine Schweitzer
Gestaltung: Maryam Aliakbari
Druck: art & image Minden
Auflage: 4400

Erscheinungsweise vierteljährlich

**Titelbild: Antikriegs-Kundgebung in Berlin
am 27.2.2022. Foto: DFG-VK, <https://dfg-vk.de/500-000-fuer-einen-stopp-des-krieges/>**

Editorial

Liebe Leser*innen,

als wir diesen Rundbrief Ende letzten Jahres planten, ahnten wir nicht, dass es in Europa wieder Krieg geben würde. Wir wissen nicht, was die Situation sein wird, wenn dieser Rundbrief bei Ihnen und Euch ankommt. Es wird immer wieder mal verhandelt, Politiker aus Frankreich und Israel bieten sich als Vermittler an, gleichzeitig rücken die russischen Truppen weiter vor. Mit jedem Tag steigt die Zahl der Opfer. Wir trauern nicht nur um die Menschen auf der ukrainischen Seite, sondern auch um das Leben der jungen russischen Männer, die von ihrer politischen Führung in diesen Krieg geschickt wurden.

Deutschland und die NATO reagieren auf den Krieg mit einer seit der Hochzeit des Kalten Kriegs nicht gekannten Aufrüstungswelle. Auch wir wissen im Moment nicht, ob Russland wirklich an den Grenzen der NATO-Mitglieder Halt machen will. Der „Glaube an die Abschreckung“ wird betont. Aber sind sich unsere Politiker*innen bewusst, was ein Versagen der Abschreckung bedeuten würde? In einem mit Massenvernichtungswaffen geführten Krieg, selbst falls keine Atomwaffen eingesetzt würden, was keineswegs ausgeschlossen werden kann, gibt es nur Verlierer, keine Gewinner.

Es wird der Tag kommen, an dem die Waffen schweigen. Was wird dann die Situation sein? Vielleicht wird der russische Angriff entgegen aller Erwartungen zurückgeschlagen oder ein Waffenstillstand geschlossen. Vielleicht aber verzögert der militärische Widerstand nur eine unausweichliche Niederlage. Und dann wäre es vielleicht an der Zeit, sich daran zu erinnern, dass die Menschen in der Ukraine schon zweimal eine unliebsame Regierung aus dem Amt gejagt haben. Diese Erfahrung könnte auch gegen ein neues, von Russland aufoktroiertes Regime nutzbar gemacht werden.

Christine Schweitzer
für das BSV-Team



Alternative Verteidigung Soziale Verteidigung in militärisch eroberten Städten

Die Ukraine hat sich seit dem 24. Februar 2022 militärisch gegen den Angriff Russlands verteidigt. Damit wurde eine schnelle Besetzung der Hauptstadt Kiew verhindert. Auch weitere Städte haben sich so verteidigt. Einige wurden eingekesselt, andere auch militärisch eingenommen. Für die Menschen in den belagerten Städten ist die Versorgungslage katastrophal. Zum Leben und Überleben braucht es Nahrung, Wasser, Wohnungen, Strom, Heizung und Krankenhäuser. Wenn eine Stadt im Kriegsverlauf zur Ruine wird, in der die Menschen umkommen, ist all das zerstört, was verteidigt werden soll.

In den Städten der Ukraine, die von Russland besetzt wurden, geht der Widerstand jedoch weiter. Es gibt die Bilder von zivilem Widerstand mit Demonstrationen auf Straßen und Plätzen. Auch dort erleben die russischen Truppen täglich, dass sie nicht erwünscht sind. Ihre propagandistisch geprägte Selbstwahrnehmung, sie seien zur Befreiung gekommen, zerbricht an der Wirklichkeit. Und diese Informationen werden sie auch nach Hause tragen, nach Russland, im Kontrast zum dortigen Staatsfernsehen.

Wenn Russland die Ukraine beherrschen und nicht in eine Ruinenlandschaft verwandeln will, dann muss es funktionierende Städte kontrollieren wollen. Dazu wäre es aber auf Stadtverwaltungen, Handel und Unternehmen und die Unterstützung durch deren Personal angewiesen. Hier könnte Soziale Verteidigung ansetzen: Eine Zusammenarbeit nur soweit eingehen, wie sie für die Lebensgrundlagen einer Stadt und den Interessen der Bevölkerung erforderlich ist. In der Sozialen Verteidigung wird das als „Dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration“ bezeichnet. Alle Anordnungen, die den Zielen der Bevölkerung dienen, werden befolgt. Die Lebensmittelversorgung und die Müllabfuhr, aber auch Polizei und Justiz, Kindergärten und Schulen werden gebraucht und sollten aufrecht erhalten werden. Nach dem Vorbild früherer historischer Fälle von Widerstand gegen Besetzung (z.B. Norwegen im 2. Weltkrieg und Finnland gegen Russland vor dem 1. Weltkrieg¹) sollte danach gestrebt werden, alles weiter so auszuführen, wie es schon vor dem Krieg selbstbestimmt gemacht

¹ vgl. Outi Arajärvi in BSV-Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 78 von März 2022 in: <https://soziale-verteidigung.de/gehorchen-erkennen-zusammenarbeiten-passiver-widerstand-finnland-anfang-20-jh>

Foto links: Protest von Fridays for Future am 3.3.2022 vor dem Reichstag.

© Stefan Müller,
CC BY 2.0

Foto rechts: Ich sah heut' Nacht im Traum vor mir ein endlos weites Feld. Und auf ein Zeichen warfen sie all ihre Waffen ab. Granaten, Bomben stürzten tausend Meter tief hinab.

Demonstrantin protestiert gegen den Krieg in der Ukraine, Brandenburger Tor, Berlin, 27.02.22.

© Stefan Müller,
CC BY 2.0



Autor:

ULRICH STADTMANN
ist Mitglied im Vorstand des BSV und seit 2004 CDU-Stadtratsmitglied in Minden.



Foto links:
Protest von Fridays for Future am 3.3.2022 vor dem Reichstag.

© Stefan Müller, CC BY 2.0

Foto rechts:
Protest von Fridays for Future am 3.3.2022 vor dem Reichstag.

© Stefan Müller, CC BY 2.0

wurde. Jede Stadtverwaltung kann jeden Tag bestens ohne neue Beschlüsse eines Stadtrates arbeiten. Also arbeitet sie unter einer Besatzung einfach weiter gemäß den alten Grundlagen und widersetzt sich allen neuen Anordnungen. Die Absetzung oder der Austausch einer Stadtregierung wird keine Herrschaft im Sinne der Besatzer*innen schaffen, wenn sie auf breiten Widerstand stoßen. Denn dann müssen sie auch auf untergeordneten Ebenen dafür sorgen, ihre Befehle durchzusetzen. Das erfordert personalintensive direkte Auseinandersetzungen von Mensch zu Mensch, bei denen das Besatzungsregime mit einer weiteren Demoralisierung seiner Truppen rechnen muss, denn sie werden immer wieder damit konfrontiert, dass sie als Besatzer*innen nicht erwünscht sind. In der besetzten ukrainischen Stadt Melitopol soll es dazu gekommen sein, dass der von den Russen festgenommene Bürgermeister, der zur Kollaboration gezwungen werden sollte, letztlich wieder freigelassen werden musste und gegen neun gefangene russische Soldaten der Jahrgänge 2002 und 2003 ausgetauscht wurde.²

Die militärische Kapitulation einer Stadt bedeutet deshalb in keiner Weise das Ende des Widerstands. Es ist vielmehr der Wechsel von einer militärischen Kampfform, die in erster Linie ein Territorium verteidigt, zu einer Verteidigung des sozialen Gefüges einer städtischen Zivilgesellschaft. Die Soziale Verteidigung zielt darauf ab, vorrangig das Leben der Zivilbevölkerung und die Infrastruktur einer Stadt zu schützen.

Im Kalten Krieg des letzten Jahrhunderts wurde die Ergänzung einer militärischen Landesverteidigung um eine Soziale Verteidigung der Städte im Rahmen von Konzepten defensiver Verteidigung diskutiert. Litauen hat als NATO-Mitgliedsstaat zivilen Widerstand in seine Militärstrategie aufgenommen.³ Auch Deutschland und die anderen NATO-Staaten sollten für die Verteidigung von Städten besser eine Soziale Verteidigung vorbereiten, damit nicht im Rahmen einer militärischen Verteidigung alles zerstört wird, was eigentlich verteidigt werden soll.

² FAZ, 19.03.2022, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-krieg-russische-kriegsgefangene-auf-pressekonzferenzen-17889125.html>

³ aus: Maciej Bartkowski: Ukrainians vs. Putin, Potential for Nonviolent Civilian-based Defense, vom 27.12.2021, https://www.nonviolent-conflict.org/blog_post/ukrainians-vs-putin-potential-for-nonviolent-civilian-based-defense/

Geflüchtete Menschen in Belarus Zwischen allen Fronten

Im polnisch-belarusischen Grenzgebiet sitzen immer noch wenige tausend Menschen fest. Geflohen aus Ländern wie Irak, Afghanistan, Libanon oder Syrien, auf der Suche nach Frieden und Sicherheit in Europa. Gestrandet zwischen zwei Staaten, die sie mit polizeilicher und militärischer Gewalt hin- und her- und oft auch abschieben. Und nun auch noch dem Krieg im Nachbarland Ukraine ausgeliefert, der die ganze Welt in Atem hält.

Als wir diesen Rundbrief planten, sollte es in diesem Artikel eigentlich um die aktuelle Situation der geflüchteten Menschen an der polnisch-belarusischen Grenze gehen. Darum, dass es trotz aller Betroffenheitsbekundungen im November und Dezember 2021 bis heute kein Aufnahmeprogramm von Seiten der EU gibt. Dass bislang kein einziger EU-Staat flüchtende Menschen aus dem Grenzgebiet freiwillig aufgenommen hat.

Es sollte darum gehen, dass die polnische Regierung weiterhin und trotz eines Urteils des Obersten Gerichts, das das Vorgehen für verfassungswidrig erklärt, kaum humanitäre Hilfe oder unabhängige Berichterstattung im Grenzgebiet zulässt. Dass Hilfe durch Anwohner*innen, die das Leid vor ihren Haustüren nicht mehr ertragen können, weiterhin kriminalisiert wird. Dass Menschen, auch Kinder, lieber in den Wäldern bei zweistelligen Minusgraden sterben gelassen werden, als sie in der EU aufzunehmen.

Es sollte darum gehen, dass das Wort „Pushback“, also das gewaltsame Zurückdrängen flüchtender Menschen an den EU-Außengrenzen, mit traurigem Recht zum deutschen Unwort des Jahres 2021 gewählt worden ist. Und darum, dass die polnische Regierung seit Ende Januar für mehr als 340 Millionen Euro eine Grenzmauer baut, die das Überwinden der Grenze noch unmöglicher machen soll – anstatt dieses Geld für die Aufnahme der Menschen einzusetzen; es hätte hundertfach gereicht.

Doch heute, Ende Februar, ist die Welt eine andere. Mit dem Angriffskrieg der russischen Regierung auf die Ukraine hat sich die Lage noch einmal dramatisch verschärft – für alle Menschen in der Region, aber in besonderem Maße auch für

Foto links:
Geflüchtete Menschen im November 2021 am Grenzübergang Bruzgi/Kuznica, auf der belarusischen Seite.

© privat

Foto rechts:
Grenzsteine zwischen Belarus und Polen vor dem Bau des Grenzzauns (2020).

©Torstenspecht - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=98871418>



©Netzwerk Friedenskooperative

Autorin:

ELISE KOPPER

ist Vorstandsmitglied im BSV. An der Seite eines syrischen Freundes, dessen minderjähriger Bruder in Belarus festsetzt, hat sie die Situation an der polnisch-belarusischen Grenze seit November 2021 aus erster Hand verfolgt.



Foto links:
Demo in Berlin 2017.

© Ekvidi,
CC BY-NC 2.0

Foto rechts:
Demo in Berlin 2017. Diese
Forderung muss für alle Ge-
flüchteten gelten!

© Ekvidi,
CC BY-NC 2.0

die geflüchteten Menschen in den Grenzgebieten. Denn der Krieg könnte auch belarusisches Staatsgebiet erreichen. Vielleicht hat er das zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Rundbriefs schon getan. Bereits jetzt wird die Ukraine auch von Belarus aus angegriffen. Der belarusische Machthaber Lukaschenko steht fest an der Seite der russischen Regierung. Russische Truppen befinden sich überall im Land. In diesen Stunden wird zudem das Ergebnis einer nationalen „Volksabstimmung“ (die den Namen sicher nicht verdient hat) verkündet: Belarus ändert seine Verfassung und gibt seinen Status als Nicht-Nuklearstaat auf. Damit wird nicht nur die dauerhafte Stationierung russischer Truppen, sondern auch die Stationierung russischer Atomwaffen im Land ermöglicht.

Diese Entwicklungen sind für die gesamte belarusische Zivilbevölkerung dramatisch. Doch für die geflüchteten Menschen im Land haben sie noch einmal besondere Auswirkungen. Niemand weiß zum jetzigen Zeitpunkt, wie sich die Lage weiter entwickeln und inwieweit Belarus noch aktiver ins Kampfgeschehen einsteigen wird. Niemand weiß, wie lang Lukaschenko die Geflüchteten in seinem Land noch dulden wird. Niemand weiß, wie lang das Flüchtlingshilfswerk UNHCR oder das Internationale Rote Kreuz, für viele Menschen auf der Flucht die einzigen Anlaufstellen, noch im Land sein dürfen und können. Oder wie lang die Botschaften der EU-Länder in Belarus noch geöffnet sein werden, um die Visumsanträge der wenigen, die es trotz aller bürokratischen Hürden geschafft haben, diese Anträge zu stellen, zu bearbeiten.

Diejenigen, die vor Krieg und Unsicherheit in ihren Heimatländern geflohen sind, die die EU schon längst hätte aufnehmen und in Sicherheit bringen können, sind nun in einem neuen Kriegsgebiet gefangen. Und mit ihnen die vielen Menschen in Belarus, die den Kurs ihrer Regierung nicht unterstützen. Denn die Grenzzäune an den EU-Außengrenzen, die sich zunächst nur gegen die Flüchtenden aus den arabischen und afrikanischen Staaten richteten, könnten auch zum Problem für flüchtende Belarus*innen werden. Es bleibt abzuwarten, ob Polen und andere EU-Länder, die gerade ihre Grenzen zur Ukraine weit öffnen und insbesondere Menschen mit ukrainischen oder westlichen Pässen überwiegend problemlos hineinlassen, auch Menschen aus Belarus aufnehmen werden. Und ob dann an der Grenze unterschieden wird, wer die „richtigen“ Papiere hat und vor Krieg flüchten darf – und wer nicht.

Soziale Bewegungen Bewegungen entstehen nicht von allein

Wer glaubt, Soziale Bewegungen entstehen von alleine, kennt nur die Menschen nicht, die sie organisieren.

Am Anfang ist Honeymoon. Alles klappt fast von alleine. Aktive, Demos, Plakate, Aufrufe, freundliche Medien. Überall Schwung, Kreativität, Optimismus, alle sind im Flow. Alles scheint erreichbar. Und plötzlich Crash, alles wird schwierig. Die Mühen der Ebene beginnen. Alles kostet Geld, die Medien stellen kritische Fragen und suchen Führungsfiguren, die Themen explodieren, die interne Organisation wird komplex. Welche Kommunikationskanäle bedienen wir, wie entscheiden wir, wie demokratisch ist unsere Struktur? Wer kann für uns sprechen?

Erfolge wurden erreicht - im ersten Schwung, aber wie geht es weiter? Wie erreichen wir wirkliche Veränderungen? Welche Theorie des Wandels, welches Konzept zur Veränderung der Verhältnisse haben wir?

Die Soziale Bewegung steht unvermittelt vor der Frage: Lassen sich Teile der Bewegung zu einer Bewegungsorganisation weiter entwickeln? Die Flitterwochen sind vorbei, es folgen die langen Wellen einer Alltagsbewegung. Krise ist angesagt. Krise als Schock, der vorübergehen möge, dann als Dauerzustand. Die Erkenntnis wächst: Bewegung ist Krise als Dauerzustand. Bewegung ist Umorganisation in Permanenz.

Akzeptiert der aktive Kern diesen Gedanken, besteht die Chance auf nachhaltige Wirksamkeit. Wird er missachtet, bleibt die Bewegung ein Strohfeuer. Die Occupybewegung 2010 steht dafür. Nach großartigen Mobilisierungserfolgen flaute die Bewegung ab. Neue stabile Bewegungsstrukturen – Fehlanzeige. Ja, sie wurden vehement abgelehnt. Nichts blieb, was langfristig in der Lage gewesen wäre, den Politikbetrieb nachhaltig zu beeinflussen. Möge es Fridays for Future und Extinction Rebellion besser gelingen! Welche Strukturen sind notwendig und welche nicht? Als Daumenregel gilt: So viel Bewegungen wie möglich, so viel Organisation wie nötig. Hier einige Punkte:

- Immer an einer Theorie des Wandels weiterarbeiten. Wie stellen wir uns den Mechanismus vor, im politisch-wirtschaftlichen Raum, um wirkliche

Foto links:
Protest bei der Münchner
Sicherheitskonferenz.

© zuse 24 (Flickr),
CC BY-SA 2.0

Foto rechts:
Russische Frauen protes-
tieren am 27.2.22 in Berlin
gegen den Krieg und für
eine freie Ukraine.

© Stefan Müller,
CC BY 2.0



Autor:
ULRICH WOHLAND
ist Campaigner
der Werkstatt für
Gewaltfreie Aktion.

Foto links:
Occupy2012.

© Chris Bentley,
CC BY-NC-ND 2.0

Foto rechts:
Fridays for Future in
München 2019.

© Martin von Creytz,
CC BY-SA 2.0



Veränderungen zu bewirken. Der Movement Action Plan ist hierbei weiterhin hilfreich.

- Zweimal im Jahr eine Strategiekonferenz. Neue strategische Konzepte und Aktionsvorschläge werden diskutiert. Strategische Konzepte sind daran erkennbar, wie ein Ziel praktisch erreicht und die Vision wirkliche Wirklichkeit werden kann. Konzepte statt Analysen! Analysen sind hilfreich nur dann, wenn sie die Köpfe für die strategische Offensive öffnen.
- Frühzeitig Entscheidungsverfahren einführen. Konsens oder systemisches Konsensieren bieten sich an. In der Regel werden Meinungsbilder erstellt. Damit lässt sich weiterarbeiten. Ortsgruppen entscheiden, welche Ideen zünden.
- Bewegungen leben immer auch vom kulturellen Wandel. Identitätspolitische Themen (Diversität, Intersektionalität usw.) ernst nehmen, ihnen einen Raum geben, aber niemals die Frage der Theorie des Wandels aus den Augen verlieren.
- Wann sind eher aufklärende, mobilisierende, wann eher störende und blockierende Aktionen sinnvoll? Das aktuelle Verhältnis immer wieder neu justieren.
- Nicht allein im digitalen, sondern immer und regelmäßig auch im öffentlichen Raum präsent sein. Immer wieder reale Störungen im öffentlichen Raum bewirken. Bäume und Bagger besetzen, Straßen und Autobahnen blockieren, Boykotts und Divestment ausrufen. Kurz: Störaktionen und Ziviler Ungehorsam.
- Auf keinen Fall in die Falle der medialen Hypes tappen. Hypes sind keine strukturelle Veränderung.
- Spannungen in der Bewegung bleiben nicht aus. Inhaltliche aber auch persönliche. Frühzeitig klären, wo interne Konfliktbearbeitung stattfindet. Es braucht Orte und Menschen. Idealerweise intern eine Gruppe und extern ein Team, das bei größeren Konflikten angerufen wird.
- Zwischen den großen Events, Demonstrationen und Waves immer auch Kampagnen entwickeln, die im Alltag praktiziert werden. Kampagnen stabilisieren, Demonstrationen energetisieren.
- Immer alle vier Ebenen gleichberechtigt im Blick haben. Die lokale Ebene der Ortsgruppen, regional in den Bundesländern, national und inter- bzw. transnational. Hier Strukturen aufbauen.
- Gewaltfreiheit gegenüber Menschen als Grundprinzip. Wer diesen Pfad verlässt, zerstört die Bewegung für einen kurzfristigen medialen und politischen Hype.

Burnout Aktivismus nachhaltig gestalten

Aus dem Klimagerechtigkeits- und Biodiversitäts-Aktivismus kommen immer wieder Anfragen an die Psychologists / Psychotherapists for Future (Psy4F) bezüglich Burnouts und wie Aktivismus nachhaltig und gesundheitsförderlich statt schädlich gestaltet werden kann angesichts von Krisen, die mindestens Jahrzehnte anhalten werden.

Zusammen mit Kathrin Macha, ebenfalls Dipl.-Psych. und angehende Psychotherapeutin, schrieb ich Ende 2021 ein Buchkapitel über „Activist Burnout“ für die Psy4F. (Das Buch „Climate Emotions - Klimakrise und psychische Gesundheit“ erscheint im Sommer 2022 im Psychosozial-Verlag).

In diesem Beitrag geht es um Aspekte, die auch im Friedens- und Pazifismus-Bereich relevant sein dürften. Denn Burnout ist sowohl eine Belastung für Einzelne wie auch für die Organisationen.

Aber erstmal grundsätzlich: Aus psychologischer Perspektive stellt zivilgesellschaftliches Engagement ein gesundes Verhalten dar, weil eine aktive, selbstwirksame Position eingenommen wird. Gleichzeitig sind Aktivist*innen über das allgemeine Burnout-Risiko hinaus besonders gefährdet.

Unter anderem die Menge an Aufgaben, der nicht-erkennbare Zusammenhang zwischen einzelner Aktivität und großen Zielen, repressive Gegenreaktionen aus Umfeld und Gesellschaft, Diskriminierungserfahrungen, grenzenlos engagierte Aktivist*innen als Vorbilder sowie die weit verbreitete Selbstlosigkeitskultur innerhalb von Bewegungen machen Burnout wahrscheinlicher.

Es gibt eine mangelnde Sensibilisierung für die Burnout-Problematik. Vielen ist nicht bewusst, wie schnell und schleichend sich Burnout entwickeln kann.

Emotionsvermeidung, die gesellschaftlich hier weit verbreitet ist, bestärkt diese schleichende Tendenz - ein Beispiel: Das Gefühl der Hilflosigkeit angesichts großer gesellschaftlicher und globaler Krisen ist für viele sehr unangenehm. Wenn wir etwas tun, fühlen wir uns mehr in Kontrolle, erleben uns wirksamer. Das fühlt sich kurzfristig gut an, steigert aber die Aktivitäten.

Auch für die Gruppen und Organisationen hat der so gesteigerte Aktivismus kurzfristige Vorteile, sodass häufig Anerkennung kommt. Das fördert auch den

Foto links:

© Christine Schweitzer

Foto rechts: Friends of the
Earth International 2019.

©Fridays for Future,
CC BY-NC-ND 2.0



Autor:

GEORG ADELMANN

ist Diplom-Psychologe und angehender Verhaltenstherapeut. Er hält gern Vorträge und Workshops zu gesundem Aktivismus, Lebensfreude, Emotionen und Gewaltfreie Kommunikation und unterrichtet nebenbei Pflegeschüler*innen und angehende Fachpfleger*innen. Er ist ehrenamtlich beim Bund für Soziale Verteidigung, der DPTV und den Psychologists/Psychotherapists for Future administrative & aktivistisch aktiv.

Foto links:
Friedensmeditation in
Dublin 2005.

© hadi,
CC BY-NC 2.0

Foto rechts:
©Christine Schweitzer



„Einsatz für die gute Sache" - eine Kultur der Selbstlosigkeit, die nachhaltig gesunden Aktivismus erschweren und zu folgender Aussage führen kann:

„Aber angesichts der Existenzbedrohung (Klimakrise, Nuklearkrieg, ...) – ist da die eigene Gesundheit gerade relevant? Lieber jetzt alles geben, um etwas dagegen zu tun!"

Diese innere Stimme kennen vermutlich einige, ich kenne sie auf jeden Fall gut von mir und anderen – mal mehr mal weniger stark ausgeprägt, in unterschiedlichen Formulierungen. Solche Gedanken erleichtern es, eigene Belastungsgrenzen mindestens zeitweise zu ignorieren und sich selbst für eine Sache aufzuopfern.

Wenn die eigenen Grenzen zu lange ignoriert wurden bzw. zu viele Belastungen hinzukamen, dann kann Burnout die Folge sein. Er kann schleichend oder plötzlich z.B. in Form von sozialem Rückzug, Vermeidung, einem Gefühl der Lähmung, Angst oder zunehmender Gereiztheit auftreten.

Auch in den beteiligten Gruppen hat dieser Rückzug Konsequenzen: So fallen häufig recht kurzfristig, teilweise ohne Ankündigung, wichtige Aktivitäten aus, Wissen verschwindet, andere übernehmen zusätzlich zu ihren eigenen Aktivitäten noch mehr zum Ausgleich – deren Burnout-Risiko nimmt also auch eher zu.

Was hilft gegen Burnout?

Auf individueller Ebene braucht es Achtsamkeit für die beständige Veränderung eigener Grenzen und Möglichkeiten. Diese sind je nach Tagesform und Lebensereignissen unterschiedlich - dem sollte sich auch die Zeit für Aktivismus anpassen. Entsprechend sind Achtsamkeits-Übungen (z.B. Bodyscan oder Meditation) eine Möglichkeit, sich selbst und die Grenzen besser wahrnehmen zu können. Konzepte wie Gewaltfreie Kommunikation nach Rosenberg können dabei helfen, Nein zu sagen, wenn es gerade nicht geht.

Sozial kann gerade der ungesund übersteigerte Aktivismus sehr beeindruckend und schnell als Vorbild für andere wirken. Das sollte immer wieder gemeinsam reflektiert werden und in allen Gruppen besprochen werden.

Strukturell sollten Feedback-Mechanismen gefördert werden, um gegenseitig Grenzen aufzuzeigen. Vorträge, Workshops und Reflektionsrunden zu den Themen können genutzt werden, um zu sensibilisieren und z.B. typische Problemfälle wie einzelne Aktivist*innen, die zu viele zentrale Rollen einnehmen könnten, zu besprechen.

Denn Aktivismus wird für die Bewahrung einer lebendigen demokratischen Kultur sowie zu den Zwecken der gesellschaftlichen Selbstkorrektur von Ungerechtigkeiten und dem Vorantreiben gesellschaftlicher Transformationsprozesse notwendig bleiben. Machen wir ihn gesund.

EU-Strategiepapier Die grüne Militarisierung schreitet voran

Es ist ja nicht ganz neu. Schon im Vertrag von Lissabon von 2007 verpflichten sich die Mitgliedstaaten, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“



Seit einigen Jahren schickt sich die EU an, diese ‚Pflicht‘ umzusetzen: So wurde 2016 ein Militärisches Hauptquartier und 2017 der Militärische Planungs- und Koordinierungstab für EU-Auslandseinsätze eingerichtet. Mit PESCO, der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit, koordiniert ein Gremium die Zusammenarbeit in Fragen der Militäreinsätze und gemeinsamen Rüstungsbeschaffung und will damit für die kontinuierliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben sorgen.

Bislang gibt es 47 Projekte, z.B. die Eurodrohne oder ein neuer EU-Kampfhubschrauber. Seit Dezember 2020 gibt es im EU-Haushalt Budgets in Höhe von 1,5 Mrd. € für „Militärische Mobilität“ und von 7 Mrd. € für den Europäischen Verteidigungsfonds. Bisher waren keine militärischen EU-Ausgaben erlaubt. Deshalb wurde außerhalb des offiziellen EU-Haushalts die sog. „Europäische Friedensfazilität“ eingerichtet.

Nun ist ein neues Strategiepapier der EU-Abteilung für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (EEAS) publiziert worden. In diesem werden inhaltliche Eckpunkte und konkrete strategische Maßnahmen vorgestellt, bei denen der Vorrang des Militärischen gegenüber den auch genannten zivilen Instrumenten ersichtlich ist.

Als grundsätzliches Ziel wird auf S. 11 des Papiers genannt: „Wir wollen ein durchsetzungsfähigerer Sicherheits- und Verteidigungsakteur werden, indem wir ein robusteres, schnelleres und entschlosseneres Handeln ermöglichen, auch im Hinblick auf die Widerstandsfähigkeit der Union und unsere gegenseitige Unterstützung und Solidarität“ (eigene Übersetzung, wie auch bei den folgenden Zitaten).

Foto: Der FCAS, eines der europäischen Rüstungsprojekte, 2019. Zu ihm gehören auch bewaffnete Drohnen.

© Ibex73 - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=90519175>



Autor:
STEPHAN BRÜES
ist Ko-Vorsitzender des BSV.

Foto links:
Peacekeeper aus
El Salvador bei Minusma
(Mali).

© United Nations,
CC BY-NC-ND 2.0



Foto rechts:
Drohne Predator C,
eine der bewaffneten
US-Drohnen.

© gemeinfrei,
Wikipedia



Als Einsatzregionen sind Mali, die Straße von Hormus und der Indopazifik genannt, dort, wo die EU bereits tätig ist. Es werden vielfach militärische und zivile Elemente vermischt: Streitkräfte dienen neben den zivilen Organisationen dem Katastrophen- und Zivilschutz, helfen bei der Abwehr von Cyberangriffen usw. Das Militär greift damit in zivile Aufgabenbereiche ein.

Was neu an dem Papier ist: Die EU will einen „Fahrplan für Klimawandel und Verteidigung“ erstellen, aus dem dann die Mitgliedsstaaten nationale Strategien zur „Vorbereitung der Streitkräfte auf den Klimawandel entwickeln“ (S. 17). Die zivilen und die militärischen EU-Missionen „werden als Teil des europäischen Green Deals Kohlenstoffneutralität und ökologische Nachhaltigkeit erreichen. Zu diesem Zweck werden alle Missionen und Operationen einen Umweltberater haben und bis 2025 über ihren ökologischen Fußabdruck berichten“ (S. 17).

Öko-Streitkräfte – ist damit der Wunschtraum der bellizistischen Grünen erfüllt?

Dabei ist militärisches Gerät strukturell unökologisch! So hat allein das US-Militär einen jährlichen CO₂-Ausstoß produziert, der dem der Industriemacht Schweden entspricht. Sollen die im Papier genannten „Kampfluftsysteme“, die der EU „einen Vorteil in der Luft“ verschaffen sollen, auf grüner Wasserstoffbasis fliegen und die geplanten „Hauptkampfpfanzern“ elektrisch fahren (Zitate: S. 21)? Sind sie damit weniger gefährlich für die Menschen, die von ihnen getroffen werden?

Und das Positive? Die Kooperation mit der UN, Afrikanischen Union, ASEAN, Lateinamerika und der OSZE soll „in Bereichen wie Konfliktverhütung, gemeinsames Lagebewusstsein und Resilienz“ verstärkt werden (S. 28). Die Dialoge und Diplomatie werden jedoch unter dem Dach der überwiegend militärisch definierten Verteidigungs- und Sicherheitspolitik geführt, flankiert durch den Ausbau des „Netz[es] von Militärberatern und Terrorismusbekämpfungsexperten in den EU-Delegationen“ (S. 29).

Fazit: Selbst, wenn die EU im Vergleich zu Großbritannien und Frankreich, den USA, Russland oder China, immer noch etwas von einer Zivilmacht hat, so ändert sich dies zusehends. Das müssen wir wissen und vor allem müssen wir das ändern.

Quellen:

European External Action Service. A Strategic Compass for Security and Defence. For a European Union that Protects its citizens, values and interests and contributes to international peace and security. Brüssel, 9. November 2021. EEAS(2021) 1169.

Rede von Renate Wanie auf dem Ostermarsch 2021 in Heidelberg, http://www.antikriegsforum-heidelberg.de/aktionen/om_2021/om_hd_2021_rb-militarisierung_eu-renate.pdf



Foto links: Klimastreik
Frankfurt Herbst 2021

© Privat

Foto rechts: Psychologists
in Münster

© Privat

Aktive im BSV Interview mit Georg Adelmann

BSV: Wie bist du zum BSV gekommen?

Georg Adelmann (GA): Eine Freundin wies mich während des Psychologie-Studiums darauf hin, dass mensch da auch Praktika machen könne - damals war ich schon im Service Civil International als Trainer unterwegs und das Profil des BSV, mit der klar pazifistischen Orientierung, passte sehr gut zu den Werten, denen ich immer wieder versuche mich anzunähern. Dann habe ich mich beworben und ein sehr angenehmes Kennenlerngespräch später begann dann schon fast das sechsmonatige Praktikum, das mich sehr bereichert und meinen weiteren Weg im Leben deutlich geprägt hat.

BSV: Was schätzt du an der Arbeit beim BSV?

GA: Ich schätze den Reichtum an Erfahrungen, den offenen Austausch und die immer neuen Anregungen, in denen verschiedene Generationen zusammen gemeinsame Wege finden, sich für Gewaltfreiheit und Soziale Verteidigung als Alternative zum Militär einzusetzen und entsprechende Konzepte zu entwickeln und bekannter zu machen. Dadurch habe ich viel gelernt und einiges auch weitergeben können in meiner Arbeit in anderen Vereinen und Gruppen.

BSV: Du hast in den letzten Monaten den Verein ‚Psychologists for Future‘ mit aufgebaut. Was könnte der Beitrag des BSVs zur klimakritischen Bewegung sein?

GA: Kurz zur Historie - ja, den eingetragenen Verein habe ich mitgegründet (im Januar gelang endlich auch die Eintragung beim Amtsgericht), aber die Bewegung gibt es schon zwei Jahre länger - Lea Dohm und Mareike Schulze begründeten die Psychologists / Psychotherapists for Future 2019, während ich selbst im Herbst 2020 hinzukam. Mittlerweile sind wir in Deutschland etwa 1000 Aktivist*innen, europaweit ca. 1500 Psycholog*innen & Psychotherapeut*innen.

Noch kurz zur Klimakrise, da es wichtig ist, die Dimensionen zu verstehen: Dürreperioden verdreifachen sich bis 2040. 700 Millionen Menschen erleben dann jedes Jahr Dürreperioden von mindestens sechs Monaten. Hitzewellen werden in der Sub Sahara fünfzigmal häufiger sein als im vorindustriellen Zeitalter - was deutlich macht, warum es eine Klimagerechtigkeitskrise ist. Ein Großteil der



GEORG ADELMANN
ist Diplompsychologin und Mitglied im BSV-Vorstand. Das Interview führten Marie Wredenhagen und Elisabeth Ehmig, die im Januar-Februar bzw. März Praktikant*innen beim BSV waren.

Foto links:
Psychologists
in Münster

© Privat

Foto rechts:
Klimastreik Dresden

© Privat



Meereslebewesen wird wahrscheinlich in den nächsten 25 Jahren ausgestorben sein, wobei global gerade etwa 150 Arten jeden Tag aussterben, was als Biodiversitätskrise bzw. sechstes Massensterben bezeichnet wird.

Individual-psychologisch bedeutet das wenig überraschend mehr Posttraumatische Belastungsstörungen, mehr Depressionen, mehr Suizide, mehr Suchtstörungen, mehr Aggression und Angst. Das wird natürlich auch gesellschaftliche Auswirkungen haben. Auch eine Zunahme an zwischenstaatlichen Konflikten zeichnet sich bereits deutlich ab.

Wenn sich Lesende jetzt auch beim Lesen hilflos, ängstlich, ärgerlich, traurig oder starr fühlen - das ist angemessen und keine Störung - denn ohne Emotionen als Motivator haben wir in den letzten Jahrzehnten als Gesellschaft viel zu wenig unternommen. Ich war am 05.02.22 bei einer Demo in Münster und habe geweint. Ich hatte Angst, ich spürte Schmerz - und das ist gut so.

Wir können die Stärke dieser Gefühle nur dann gut aushalten und in Aktivität verwandeln, wenn wir Gemeinschaft erleben, die einander trägt, in der wir uns alle miteinander sicher fühlen können. Soziale Verteidigung setzt genau an dieser Stelle an - das Miteinander, gerade auch in politische Debatten, so zu gestalten, dass sich Menschen näherkommen, statt sie auseinanderzutreiben und zu partialisieren.

Auch zwischenstaatlich braucht es das klare Bekenntnis zur Multilateralität, das der BSV in seinen Stellungnahmen und Hintergrund- und Diskussionspapieren immer wieder fördert. Und es braucht das unrüttelbare Eintreten für Menschenrechte auf allen Seiten, damit Menschen sich sicher genug fühlen können, um aus einem Gegeneinander oder Nullsummenspiel in die Kooperation und gegenseitige Absicherung überzugehen.

Die Methoden der Gewaltfreiheit – Förderung des Zusammenhalts, Verhindern von Gewaltanwendung und Zielveränderung bei den Diskursopponent*innen - können und sollten auf die Herausforderungen der Klimakrise angewendet werden.

Ich halte es für wichtig, den Einstieg in unser Wissen und Erfahrungen zugänglicher zu machen für jüngere Generationen. Die Info-, besonders aber die Hintergrund- und Diskussionspapiere sind eine wahre Fundgrube, die bisher aber nur mühsam erschlossen werden. Da spielt auch die Bildungsarbeit eine wichtige Rolle.

Ressourcen zum Krieg in der Ukraine

Es gibt sehr viele Ressourcen zum Krieg in der Ukraine. Wir möchten hier auf ein paar Quellen hinweisen:

Das Netzwerk Friedenskooperative sammelt auf seiner Website Aufrufe, Termine und weitere Materialien:

<https://www.friedenskooperative.de/ukraine-krise-alle-infos>

Die Seite **BessereWeltLinks**, <https://www.besserewelt.info/>, enthält umfangreiche Texte zur Ukraine wie auch zu zahlreichen weiteren Ländern und Konflikten.

Auf unserer Seite haben wir Artikel gesammelt, die über zivilen Widerstand berichten: <https://soziale-verteidigung.de/artikel/ziviler-widerstand-gegen-krieg-ukraine>

Außerdem gibt es auch eine Seite mit internationalen Appellen: <https://soziale-verteidigung.de/artikel/internationale-pazifistische-erklarungen-ukraine>

Außerdem finden sich auf unserer Seite <https://soziale-verteidigung.de/bereich/ukraine> aktuelle Erklärungen und Aufrufe, die wir verfasst haben oder unterstützen.

Verschiedene Hintergrundpapiere stehen auch in dem Kontext:

Eingefrorene Konflikte im postsowjetischen Raum (Johanna Unewisse)

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 72, Hrsg. Bund für Soziale Verteidigung, März 2021, 24 Seiten, 3,- Euro, <https://soziale-verteidigung.de/ingefrorene-konflikte-postsowjetischen-raum-johanna-unewisse>

Die Ukraine. Ein Land zwischen Ost und West. Die geschichtlichen Hintergründe der Aufstände in der Ukraine. Infoblatt von 2014, <https://soziale-verteidigung.de/shop/ukraine-land-zwischen-ost-west-geschichtlichen-hintergrunde-aufstande-ukraine>

Ukraine - Das gemeinsame Haus Europa. Infoblatt von 2014, <https://soziale-verteidigung.de/shop/ukraine-gemeinsame-haus-europa>

NATO-Ukraine-Russland: Situation und Auswege aus der Krise. Infoblatt, verfasst kurz vor Kriegsbeginn im Februar 2022 und deshalb teilweise veraltet, <https://soziale-verteidigung.de/shop/nato-ukraine-russland-situation-auswege-krise>

Nicht gehorchen, nicht anerkennen, nicht zusammenarbeiten. Passiver Widerstand in Finnland gegen die russische Besetzung Anfang des 20. Jahrhunderts (Outi Arajärvi)

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 78, Hrsg. Bund für Soziale Verteidigung, März 2022, <https://soziale-verteidigung.de/gehorchen-anerkennen-zusammenarbeiten-passiver-widerstand-finnland-anfang-20-jh>

SAVE
THE
DATE

**Studientag am
7. Mai 2022,
in Essen und
Online**

Das Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konflikt-austragung und die Informationsstelle Militarisierung veranstalten am 7. Mai 2022 in Essen einen gemeinsamen Studientag. Es wird u.a. um Klimaaktivismus und um das Rüstungsprojekt FCAS gehen.

Das Programm ist unter „Terminen“ auf unserer Website zu finden:

https://soziale-verteidigung.de/system/files/documents/programm_studientag_imi_ifgk_7_mai_2022.pdf

“

Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und für die Beseitigung seiner Ursachen zu kämpfen.

Grundsatzerklärung der War Resisters' International von 1921.

”



Bund für Soziale Verteidigung e. V.
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de